

RENTENREFORMEN

# Die mageren Jahre kommen



Bitte fit bleiben! Auf lange Sicht werden die Menschen in Europa länger arbeiten müssen.

(Fotos: Archiv)

**Paris und Wien demonstrieren gegen die Rentenpläne ihrer Regierungen. Doch ein "Weiter so wie bisher", wie es einige propagieren, ist angesichts der jüngsten und zukünftigen Bevölkerungsentwicklung nicht länger angebracht. Das Schlimmste liegt noch vor uns.**

Touche pas à ma retraite - Finger weg von meiner Rente! Diese Slogans erfreuten sich offensichtlich besonderer Beliebtheit bei den Streiks und Demonstrationen in Österreich und Frankreich am vergangenen Montag und Dienstag. In beiden Ländern waren insgesamt über 1,5 Millionen Menschen den Aufrufen der nationalen Gewerkschaften gefolgt und protestierten lautstark gegen die jüngsten Pläne ihrer Regierungen in Sachen Rente.

Kernpunkt der Rentenreform der französischen Regierung ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Premierminister Jean-Pierre Raffarin und sein Sozialminister François Fillon wollen die Beitragszeiten im öffentlichen Dienst von jetzt 37,5 Jahren bis 2008 schrittweise an die 40 Jahre in der Privatwirtschaft angleichen. In neun Jahren sollen alle Beschäftigten insgesamt 41 Jahre und ab 2020 knapp 42 Jahre lang für eine Vollrente in die Rentenkasse einzahlen müssen.

Ähnliches hat auch der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel vor. Deswegen will die Regierung das frühzeitige Renteneintrittsalter ebenfalls abschaffen und die Abschläge für jene ArbeitnehmerInnen erhöhen, die vor dem 65. (Männer) respektive bei den Frauen 61. Lebensjahr in Rente gehen wollen.

Doch nicht nur in den geplanten Änderungen bei der Rentenversicherung - und in

dem geballten Widerstand der Bevölkerung - ähneln sich beide Länder: Sowohl östlich wie westlich der Alpen ist es eine rechts-konservative Regierung, die diese Einschnitte ins bestehende Rentensystem vornehmen will. In Frankreich regieren die Republikaner, in Österreich bilden die Konservativen mit den Freiheitlichen (FPÖ) die Regierung. Da wundert es wenig, wenn linke und sozialdemokratische Gewerkschaften vor "massivem Sozialabbau von rechts" warnen und gegen die "staatlich gelenkte Liberalisierung der Alterssicherung" mobilisieren. Mit zunehmendem Erfolg, wie die ersten groß angelegten Streiks in Österreich seit über 50 Jahren zu beweisen scheinen. Die (sozialdemokratische) Tageszeitung "Der Standard" sieht die Proteste von weiten Teilen der Bevölkerung, der Kirche und sogar dem Bundespräsidenten Thomas Klestil unterstützt. Es gelte, so schreibt ein Standard-Redakteur, einen "Austro-Thatcherismus" zu verhindern.

Und in der Tat sind Rentenkürzungen nicht die einzigen Einschnitte, welche die ÖVP-FPÖ-Regierung plant. Im Gesundheitswesen sollen Einsparungen das Milliardenloch in den Kassen der Krankenkassen stopfen, durch eine Universitätsreform wird die Einführung von (privaten) Elite-Unis anvisiert. Ähnliches geschieht zurzeit beim französischen

Nachbarn, wo Bildungsminister Luc Ferry die öffentliche Schule dezentralisieren und eine Vielzahl von Stellen im öffentlichen Bildungssektor streichen will.

## Eine Frage der Mathematik

Doch wer deshalb - wie die Gewerkschaften und die Oppositionsparteien - in den aktuellen Rentenplänen nur eine (weitere) Attacke von Neoliberalen auf den Sozialstaat sieht, irrt. Denn tatsächlich haben die Rentendiskussionen, die zurzeit übrigens nicht nur in den beiden genannten Ländern, sondern auch in Deutschland und Italien wieder verstärkt geführt werden, einen realen Grund: die Bevölkerungsentwicklung. Krass ausgedrückt ist die Bevölkerung in den meisten EU-Staaten dabei, sich selbst abzuschaufen.

In Deutschland beispielsweise werden zwei Erwachsene seit längerem nur noch durch 1,3 Kinder ersetzt. Die Geburtenrate ist deutlich gefallen, während die Lebenserwartung stetig gestiegen ist - und sie steigt weiter, wie eine aktuelle UN-Studie belegt. Diese an sich positive Entwicklung, Ergebnis des medizinischen Fortschritts und verbesserter Lebensbedingungen, hat einen großen Haken: Die Bevölkerung vergeist nicht nur, sie wird - als Folge des "Pillenkicks" - in etwa fünf Jahren zu schrumpfen be-

sprunghaft an, denn dann werden die Kinder des "Babybooms" von Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre in den Ruhestand gehen - eine Entwicklung, von der auch Österreichs und Frankreichs Bevölkerung nicht verschont bleibt. Für das Verhältnis von RentnerInnen zu Erwerbstätigen bedeutet dies, dass nicht mehr wie heute ein RentnerIn auf eine BeschäftigteN kommt. Im Jahr 2020 wird sich diese Relation schätzungsweise von 1:2 auf 1:1,4 im Jahr 2030 verschieben.

Für ein umlagefinanziertes Rentensystem, wie es in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich (und auch hierzulande) existiert, bedeutet dies, dass langfristig wenige Junge immer mehr Alte schultern. Logische Konsequenz der schleichenden Vergrößerung: Die Rentenbeiträge, die die Erwerbstätigen bezahlen, müssen massiv steigen (sofern nichts anderes geschieht, bis auf etwa 38 Prozent in fünfzig Jahren), wenn die Renten halbwegs konstant gehalten werden sollen.

"Es ist einfach unmöglich - ein mathematisches Unding - dass weniger Zahlungsverpflichtete mit gleichen Beiträgen die gleichen Leistungen von immer mehr Zahlungsempfängern finanzieren können", fasste der Volkswirt Prof. Axel Börsch-Supan vom Mannheimer Research Institute for the Economics of Aging (MEA) die düsteren Zukunftsaussichten in einem Vortrag zusammen.

Und er wies alle Zweifel an der Verlässlichkeit dieser Prognose entschieden zurück: "Es ist schlicht falsch, wenn behauptet wird, dass wir die Demographie in 30 Jahren aus einem Kaffeesatz lesen müssen. Es ist grob falsch, weil die Alten in 30 Jahren die mittlere Generation von heute sind, und die Jungen unsere Kinder. Sowohl die Renten als auch die Erwerbstätigen in 30 Jahren sind längst da. Hier gibt es also nichts mehr vorzusagen. Daher wissen wir mit Sicherheit, dass in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts die

ginnen. Zunächst werden die Schülerzahlen stark zurückgehen, dann wird die Zahl der Studierenden einbrechen. Insgesamt, das haben Bevölkerungswissenschaftler errechnet, wird sich die Einwohnerzahl bis 2050 um zwölf bis noch 70 Millionen verringern, damit viele praktisch ganz Bayern weg.

Ab etwa 2020 steigt die Zahl der RentnerInnen



Mehr davor! Zuwanderung kann die Rentenkrise nicht lösen, aber abmildern.

## Abschied vom Status quo

Überall in Europa reformieren Staaten ihre Rentensysteme. Gewerkschaften warnen vor einem Sozialabbau und rufen zum Protest auf. Dabei verschweigen sie gerne eine Tatsache: Wegen der zunehmenden Vergreisung der Bevölkerung ist ein Umbau der Rentenversicherung heute dringend notwendig - weitere Verzögerungen müssten vor allem die Jungen bitter bezahlen.

Rentenfinanzierungskrise auf uns zu kommt. Sie mag etwas stärker oder schwächer sein als heute prognostiziert, aber sie wird kommen."

Jüngste Zahlen des europäischen Statistikamtes Eurostat belegen seine Annahmen schon jetzt. In Italien, dessen Population besonders schnell altert (die Geburtenrate liegt bei 1,2 Prozent) und wo ein breiter gesellschaftlicher Widerstand Mitte der 90er eine notwendige Rentenreform verhinderte, stiegen die Rentenausgaben auf fast 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an. Auf den nächsten Plätzen folgen Österreich, die Niederlande, Frankreich und Deutschland. Letztere können wegen ihres hohen Staatsdefizits den europäischen Stabilitätspakt nicht einhalten. Auch vor diesem Hintergrund müssen die Rentenreform in Frankreich und die neu entfachte Debatte in Deutschland betrachtet werden. Bundesfinanzminister Hans Eichel will den Bundeszuschuss zur Rentenkasse deshalb um 1,3 Milliarden Euro kürzen, und die Sozialministerin Ulla Schmidt arbeitet bereits an Plänen, die jährlichen Rentenerhöhungen einzudampfen.

Luxemburg steht dagegen wesentlich besser: Es wendet etwa zehn Prozent seines BIP für Rentenausgaben auf - wobei dieser Anteil bei anhaltender Wirtschaftskrise und mit zunehmender Vergreisung aber ebenfalls steigen dürfte.

### Was du heute kannst besorgen ...

Trotz dieser alarmierenden Zahlen, die von der Tendenz her die meisten internationalen Studien zur Bevölkerungsentwicklung (OECD, Eurostat, nationale Statistikämter, Forschungslehrstühle etc.) bestätigen, gibt es weiterhin Unverbesserliche, die auf die Reformbremse treten. Die österreichische Gewerkschaft ÖGB fordert unverdrossen die Sicherung des Lebensstandards auch für die künftigen Generationen und behauptet, hierzu seien weder Rentenkürzungen für die heutige Rentengeneration notwendig noch ein verlängertes Renteneintrittsalter. Um der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen, kalkuliert der ÖGB ausgerechnet einen höheren Bundeszuschuss ein.

"Pas de panique" und "Retraites: prétexte de la démographie" war bis vor kurzem auch noch in alternativen Medien zu lesen. In der Mai-

Ausgabe 2002 der französischen Zeitschrift "Alternatives Economiques" beschwichtigte der Sozialdemokrat Dominique Taddei, ehemaliges Mitglied des "Conseil économique et social", die Leserschaft noch mit der Argumentation, mehr Zuwanderung und eine verbesserte Familienpolitik könnten die Rentenkrisis lösen, Alarmismus sei nicht angebracht.

Das ist nicht richtig. Länder wie Großbritannien, die "Grande Nation" und auch Luxemburg können zwar dank Zuwanderung und größeren Familien bei vielen ImmigrantInnen leicht höhere Geburtenraten als zum Beispiel Italien oder Spanien vorweisen,

Studie die nächsten fünfzig Jahre jährlich 99.000 und nach Großbritannien 88.000 AusländerInnen einwandern. Die britische Regierung von Tony Blair hat erst im vergangenen Monat stolz verkündet, die Zahl der monatlichen AsylbewerberInnen um die Hälfte verringert zu haben - obwohl ExpertInnen angesichts der Kostenexplosion in den Sozialversicherungen seit Jahren empfehlen, die Zuwanderung zu fördern. Mit seiner rigiden Haltung steht der Labour-Politiker in Europa nicht alleine, wie zahlreiche verschärfende Maßnahmen gegen Einwanderung auf nationaler und auf europäischer Ebene zeigen.

Ein Umdenken in der Migrationspolitik allein entschärft die Renten-Zeitbombe jedoch nicht. "Eine vollständige Lösung der demographischen Probleme der Rentenversicherung kann von der Zuwanderung sicherlich nicht erwartet werden, doch sie kann ein erster Schritt zur Lösung der Probleme sein", dämpft der Göttinger Sozialpolitologe Tim Krieger allzu große Hoffnungen.

Nun lässt sich einwenden, dass das, was für Deutschland zutreffen mag, noch lange nicht für andere Länder

sind) und liegt die Geburtenrate mit durchschnittlich 1,7 Kindern pro Frau im europäischen Mittelfeld.

Viel wichtiger aber ist die gestärkte so genannte dritte Säule, also der Anteil der privat finanzierten Alterssicherung am gesamten Rentenaufkommen. Seit der unter Thatcher begonnenen umfassenden Privatisierung hat der britische Staat eine Abkehr von der Umlagefinanzierung vollzogen. Rentenausgaben machen beim britischen BIP lediglich sechs Prozent aus, da der Staat seinen BürgerInnen zumutet, sich zu einem großen Teil selbst um die Altersversorgung zu kümmern. Mit entsprechenden sozialen Folgen: Jenseits des Ärmelkanals sind Vermögen und Ersparnisse ungleicher verteilt als beispielsweise in Frankreich.

Gleichwohl entkommt auf lange Sicht auch Großbritannien der Bevölkerungsfalle nicht. Für das Jahr 2030 erwarten britische Bevölkerungsstatistiker einen Anstieg der über 60-Jährigen von heute rund 20 auf 30 Prozent.

### Woher nehmen ...?

Nun muss die Einsicht in das drastische Bevölkerungsszenario noch lange kein Ja für Liberalisierung sein. Min-

im gleichen Maße für ihren Lebensabend sparen wie eine, die viel verdient. Andererseits mehren sich angesichts von (andauernder) Massenarbeitslosigkeit und Vergreisung die Stimmen, die den Generationenvertrag kritisch hinterfragen. Als das Konzept der Rentenversicherung vor 100 Jahren unter Bismarck konzipiert wurde, gingen die Gründungsväter schließlich noch davon aus, dass viele Junge wenige Alte unterhalten müssten.

Nimmt man die Frage der gerechten Verteilung ernst, stellen sich weitere, komplizierte Fragen. Wie fair ist ein (deutsches) Rentensystem, dessen Beitragsbemessungsgrenze Wohlhabende ab einem bestimmten Einkommen davon ausnimmt, ihrerseits zum Rententopf beitragen zu müssen? Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und die steuerliche Finanzierung zumindest von Teilen des Rentensystems, wie sie die Kieler Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) oder der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, für Deutschland fordern, hätte den Vorteil, dass der Umverteilungsspekt zugunsten der Schwachen eher gestärkt würde. Zu

Löhne und erschwerte Arbeitsbedingungen über Arbeitsplatzgarantie und Altersprivilegien ausgleichen, gehört in Europa ebenfalls zunehmend der Vergangenheit an.

Eine längere Lebensarbeitszeit ist zwar angesichts der steigenden Lebenserwartung sowie des späteren Berufseinstiegs unvermeidbar. Sie kann die Rentenlast der Zukunft spürbar erleichtern, aber nur, wenn ältere ArbeitnehmerInnen auch mit 55 Jahren noch Arbeit finden können und nicht - wie heute überwiegend der Fall - zum alten Eisen gezählt und aussortiert werden.

Neben Umdenken in puncto ältere MitarbeiterInnen könnte kapitalintensiven Unternehmen ein "Obolus" zur Rentenkasse abverlangt werden. Die so genannte Wertschöpfungsabgabe gleicht Wettbewerbsverzerrungen zwischen Firmen aus, die mit wenig Personal große Gewinne erzielen, und Unternehmen, die aufgrund höherer Mitarbeiterzahl höhere Sozialausgaben haben, - und beteiligt gleichzeitig die Wirtschaft stärker an den sozialen Kosten.

Die Umsetzung der unterschiedlichen Ansätze ist abhängig von Wertvorstellungen - und von den politischen und gesellschaftlichen Mehrheiten, die sich dafür finden lassen. Reformen, die etwas kosten, sind fast nie populär. Den drohenden Rentenkolaps ignorieren, wird in Zukunft aber niemand mehr können - es sei denn zu einem viel höheren gesellschaftlichen Preis in der Zukunft. Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hat in diesem Punkt nicht gelogen, als er sagte: "Il était de la responsabilité du gouvernement d'agir sans retard, pour éviter de devoir prendre, un jour, des mesures."

Ines Kurschat



Urlaub am Strand? Für viele der Kleinen von heute wird der Lebensstandard im Alter möglicherweise sinken.

doch Hochrechnungen zeigen: Auf lange Sicht hilft das nicht. Unglaubliche 170 Millionen EinwandererInnen müsste Deutschland bis 2050 aufnehmen, so hat ein UNO-Szenario berechnet, um das zahlenmäßige Verhältnis zwischen 15- bis 64-jährigen und Älteren zu wahren. Dadurch würde der Anteil von MigrantInnen und ihren Nachkommen an der Bevölkerung 80 Prozent betragen. In Luxemburg wäre laut BIT-Studie nahezu eine Verdoppelung der aktiven Bevölkerung notwendig, um das Rentenniveau annähernd halten zu können (siehe wox Nr. 580). Nach Frankreich müssten laut UN-

gelten muss. Richtig ist, dass die Verhältnisse je nach Land unterschiedlich und deshalb auch nicht ohne weiteres zu vergleichen sind. Die Entwicklung der Rente wird - neben der Bevölkerungsentwicklung - noch von anderen Faktoren beeinflusst, zum Beispiel durch das Wirtschaftswachstum, die Arbeitsproduktivität und die jeweilige Ausgestaltung der Rentenreform. So bleibt Großbritannien noch ein wenig Puste im Wettlauf gegen die Zeit, denn anders als etwa in Deutschland oder Frankreich läuft der Wirtschaftsmotor einigermaßen (wobei die Kosten für den Irak-Krieg noch abzuwarten

destens darin hat der Protest der Gewerkschaften in Österreich und anderswo sicherlich seine Berechtigung: Es geht - wie bei allen sozialen Errungenschaften - auch bei der Rente um die Verteilung von Wohlstand. Und diese ist abhängig von den jeweiligen Gerechtigkeitsvorstellungen einer Gesellschaft. Die private Vorsorge eines jeden Einzelnen zu stärken und gleichzeitig umlagefinanzierte Aspekte zurückzuschrauben, bedeutet auch, ins System eingelassene "Solidareffekte" aufzuweichen. Eine Person, die ein geringes Einkommen hat, krank oder gar über längere Zeit arbeitslos ist, kann nicht

diesem Ergebnis kommt jedenfalls eine Studie des DIW.

Wie gerecht sind Witwenrenten heute, bei der verheiratet gewesene Frauen und Männer Teile der Rente ihres Partners oder ihrer Partnerin erben - sogar wenn sie selber nie einen Cent in die Rentenkasse gezahlt haben, weder berufstätig waren, noch Kinder erzogen haben?

Und was ist mit den Unterschieden zwischen privater und öffentlicher Alterssicherung etwa hinsichtlich der Beitragsdauer, der Besteuerung oder des frühzeitigen Ausscheidens aus der Arbeitswelt? Die Zeit, in denen StaatsbeamtenInnen geringe

Literatur: Raus aus dem Altersgefängnis, Zeit, 27/2002; Mehr Zuwanderung? zur Rolle des Auslands bei der Stabilisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, Axel Börsch-Supan, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71(2002); Retirement, Pension and the Adequacy of Saving: A Guide to the Debate, October 2002, Institute for Fiscal Studies; Alternatives Economiques Mai 2002 et Avril 2003, Perspectives démographiques et marché du travail: une nouvelle donne, Economie et Statistique 355-356, 2002; Eurostat- und OECD-Daten u.a.